

## Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik, 13.11.2009, Winterthur

### Armutsgefährdung früh erkennen: Vernetzen, hinschauen und handeln

#### Politisches Fazit

*Jean-Christophe Bourquin, Stadtrat Lausanne, Vizepräsident Städteinitiative Sozialpolitik*

Die Frage der Armutsprävention ist in der aktuellen politischen Debatte kein Thema. Die Städteinitiative Sozialpolitik, die als Seismographin funktioniert, hat die Frage der Prävention anlässlich der drei letzten Konferenzen auf die Agenda gesetzt. Beim Fachpublikum ist Prävention als wichtiges Thema erkannt – die Notwendigkeit, früh hinzuschauen und zu handeln. In der breiteren Öffentlichkeit ist dies noch nicht der Fall.

Das angelsächsische Modell, das auf Eigenverantwortung und Gegenleistung setzt und welches von Maja Ingold ausgeführt wurde, eignet sich gut für eine öffentliche Debatte. Denn es ist ein einfaches Modell und die Diskussion läuft simpel: Es genügt, Arbeitswillen an den Tag zu legen, um eine Stelle zu finden. Wie einfach, dieses Denken in der Politik zu äussern – mit guten Chancen, gehört zu werden. Umso mehr, als man weiss, dass Missbrauch in der Sozialhilfe existiert und es Leute gibt, die betrügen. Das Thema ‚Missbrauch‘ beherrscht die Debatte.

Die Referate der heutigen Konferenz zum Thema Armutsprävention haben gezeigt, wie komplex die Soziale Sicherheit ausgestaltet ist und wie vielfältig die Aufgabe für die Politik ist, die sich dieser Fragen annehmen muss. Ich greife einige Aspekte nochmals auf:

- *Es ist notwendig, Armutsprävention als politische Querschnittsaufgabe anzugehen:*

Das interessante Beispiel von Basel zeigt, wie herausfordernd sich die Zusammenarbeit zwischen dem System ‚Soziales‘ und dem System ‚Schule‘ gestaltet. Die Schule hat eine lange Tradition der Autonomie, sie funktioniert für sich. Die Schule gibt sich ihre eigenen Normen und Regeln und die Interaktion mit diesem sehr strukturierten System kann schwierig und problematisch sein. Die Chance im Fall Basel ist, dass die Stadt ein Kanton ist. Somit werden die strategisch wichtigen Entscheidungen für beide Systeme, das ‚Soziale‘ und die Schule im selben Gremium, dem Regierungsrat, getroffen. In anderen Kantonen ist dies nicht der Fall und insbesondere in der Deutschschweiz ist die Sozialhilfe Sache der Gemeinden. Das heisst, wenn mit der Schule zusammengearbeitet werden soll, muss sich die kommunale Instanz an die nächsthöhere Ebene, den Kanton, wenden. Und dort, das wird hier nicht anders sein als im Kanton Waadt, werden die Städte nicht immer herzlich empfangen. Oft heisst es bei den Kantonen: ‚Städte, macht Eure Arbeit, lasst uns die unsere tun, was wir auch sehr gut machen – schaut wie Ihr zurechtkommt‘.

An dieser Kultur des Sich-Abgrenzens arbeiten, Brücken bauen mit dem Ziel vermehrter Ko-

operation – das ist eine Notwendigkeit und eine der ersten politischen Schlussfolgerungen, die wir aus dieser Konferenz ziehen können. Hier sind wir noch am Anfang, aber wir sehen: es kann funktionieren und es gib erste Resultate. Die Beispiele von Basel und Winterthur machen Mut. Ich wage zu hoffen, dass mit Pragmatismus, von dem wir heute viel gehört haben, uns ermöglichen wird, institutionelle Hürden zu überwinden.

- Wohnungspolitik, Immobilienverwaltung im Zusammenhang mit Armutsprävention diskutieren:

In der "modernen", von Le Corbusier inspirierten, urbanen Stadt sind die Funktionen räumlich getrennt: Man arbeitet hier, man schläft dort. Die Probleme kamen mit dem Moment, als der Mittelstand die Zentren Richtung Stadtrand verliess, dorthin, wo die Einfamilienhaussiedlungen stehen. Die Boden- und Wohnungspolitik entscheidet über den sozialen Mix in den Städten, ganz besonders im Kanton Waadt. Die Stadt Lausanne nutzt ihre Möglichkeiten in diesem Bereich, wo sie nur kann. Wir haben ein Ungleichgewicht, was die Zuweisung von Wohnungen anbelangt. Die Stadt Lausanne engagiert sich seit langem im sozialen Wohnungsbau – und das ist nicht etwa ein Engagement der politischen Linken, sondern ein breiter politischer Konsens mit langer Tradition. Bei sinkenden Steuereinnahmen – 35% der Lausanner Bevölkerung bezahlt keine Steuern – und angesichts des Exodus der Gutverdienenden aus der Stadt bilden sich soziale Ghettos in Lausanne. Die Stadt Lausanne hat entschieden, dass bei jedem Bauvorhaben Vorschrift ist, ein Drittel der Wohnungen mit Mietpreisbindung und zwei Drittel auf dem freien Wohnungsmarkt zu vermieten. Das erlaubt, Einfluss zu nehmen auf die soziale Struktur: Im selben Quartier, in der gleichen Überbauung wohnen Menschen mit bescheidenem Einkommen mit gut Verdienenden zusammen. Das ist Ergebnis eines politischen Willens wie auch der Boden- und Wohnungspolitik – schliesslich sind die Städte Eigentümerinnen von Boden und Immobilien. Indem die Stadt Raumplanung und -nutzung bewilligt, aber im Besitz des Landes bleibt, kann sie indirekt, aber höchst wirksam Einfluss nehmen auf die soziale Durchmischung in den Quartieren.

Auch im Rahmen der städtischen Immobilienverwaltung können die Städte aktiv werden und den sozialen Mix in ihren Liegenschaften steuern. Dabei zeigt sich – wie am Beispiel von Biel deutlich geworden ist – das Problem, dass städtische Immobilien nicht selten in wenig attraktiver Lage, entlang von Hauptverkehrsachsen zum Beispiel, gelegen sind. So haben in den 1960er Jahren vielerorts die Städte reihenweise Immobilien gekauft mit dem Ziel, sie dann eines Tages abzureissen und durch eine Stadtautobahn zu ersetzen. Diese Abbruchliegenschaften erhielten entsprechend sparsamen Unterhalt. Zum Glück planen die Städte ihre Strassen heute anders. Die Tatsache, Immobilien zu besitzen, eröffnet den Städten die Möglichkeit, sehr wirksam eine pragmatische und soziale Wohnungspolitik sowie armutspräventive Sozialarbeit vor Ort zu betreiben.

- Es ist notwendig, die Zivilgesellschaft für Armutsprävention zu mobilisieren:

Mobilisieren durch Vernetzung – wir haben es am Beispiel Winterthur gesehen: Das Vernetzen all jener Personen, die nahe bei den Jugendlichen sind, die sehen und aufmerksam hinschauen, wenn die Probleme anfangen. Wer sieht das besser, als der Fussballtrainer oder die Lehrperson, der Chorleiter oder eine Seelsorgerin? Diese Personen und Institutionen müssen mobilisiert werden, um mit Früherkennung und –intervention Armut zu verhindern. Aber nicht

nur die Institutionen gilt es zu vernetzen und zu mobilisieren, auch die Zivilgesellschaft, die Stadtbewohnerinnen und –bewohner sind für ein Engagement zu gewinnen. Das Beispiel Augsburg ist absolut eindrücklich; es eröffnet interessante Perspektiven. Wenige sind daran interessiert, sich während zehn Jahren als Kassier in einem Verein zu engagieren. Aber – der Referent aus Augsburg hat es deutlich gemacht – das ist ein Weg: Die Leute zu sozialem Engagement mobilisieren; mit einem grossen Mass an Wahlfreiheit und der Möglichkeit, das Engagement weitgehend selbst zu steuern. Diese Perspektiven sind interessant, hier müssen wir am Ball bleiben.

Die Diskussion suchen auch mit den Immobilienbesitzern der Zivilgesellschaft. Sie sind sehr direkt – über ihr Einkommen – mit sozialen Problemen konfrontiert: Wenn die Mieter ihre Miete nicht mehr zahlen (können) haben die Immobilienbesitzer die Möglichkeit, sie vor die Türe zu setzen oder aber – und hier kann die öffentliche Hand, können Zivilpersonen Einfluss nehmen – nach Wegen suchen, damit das Mietverhältnis in Ordnung gebracht werden und bestehen bleiben kann. Auch hier eröffnen sich Möglichkeiten, höchst wirksam Desintegrationsprozesse zu stoppen.

- *Kosten sparen darf nicht erstes Ziel von Armutsprävention sein:*

Ruedi Meier hat es gesagt: Wenn Armutsprävention unter dem Titel ‚Sparen‘ betrieben werden soll, ist das Risiko gross, dass subventionierte Institutionen und die Sozialtätigen in die Defensive gehen – damit ist der Misserfolg vorprogrammiert. Armutsprävention ist als Investition zu definieren; die Wirkung wird sich erst mittel- und langfristig, auch im Sinne von Einsparungen, zeigen – das ist logisch, aber es ist sehr schwierig, politisch zu kommunizieren und Akzeptanz zu schaffen. Die Politik verlangt Resultate sofort, denkt zeitlich höchstens im Horizont einer Legislaturperiode. Soll Armutsprävention Wirkung zeigen, dauert das - mindestens zwei Legislaturperioden. Hier braucht es auch Investition in die politische Kommunikation.

Was wir heute gehört und diskutiert haben, zeigt, dass die Städte wach sind, hinschauen, um früh zu erkennen und zu handeln. Sie nehmen die Rolle der sozialpolitischen ‚Avantgarde‘ wahr. Die Städteinitiative Sozialpolitik macht ihre Arbeit gut und auf interessante Art. Sie wird gehört. Den Städten eine Stimme geben – auch das ein Ziel, welches die Städteinitiative Sozialpolitik verfolgt und auch weiterhin konkret umsetzen wird. Sie macht damit eine beachtenswerte Arbeit, nicht zuletzt durch ihre starke Präsenz auch auf Bundesebene.

Ich würdige den inhaltlichen Tiefgang dieser Konferenz, der uns allen ermöglicht, den Heimweg mit einer Werkzeugkiste voll konzeptionellen Instrumenten anzutreten. Mit Möglichkeiten und Perspektiven im Horizont, der wesentlich weiter ist als heute morgen zu Beginn der Konferenz. Mit der Möglichkeit, Parallelen zwischen gehörten Konzepten und gelebter Praxis in der eigenen Stadt zu ziehen. Für mich war diese Konferenz ein voller Erfolg – nun ist es an uns, zu handeln! Projekte, die anderswo funktionieren, an die eigene Stadt anpassen, einmal klein beginnen und Prävention wachsen zu lassen.

In diesem Sinne schlage ich die Brücke zur Frühlingskonferenz in Neuchâtel mit dem Thema ‚Soziale Integration als Schlüsselfaktor der Armutsprävention‘. Die Armut ist ein Zusammentreffen diverser Benachteiligungen: ökonomischer, kultureller, sozialer Art. Es gibt Leute, zum Beispiel Theaterregisseure – ich kenne einige – die finanziell am untersten Limit wirtschaften. Aber sie inszenieren Racine und leben mit einem grossen kulturellen Reichtum. Wenn ich sie frage, ob sie sich als ‚arm‘ einschätzen, kommt ein ‚Nein‘. Denn sie verfügen über immateriellen Reichtum und damit über ein solides Selbstbewusstsein. Und sie wissen um ihren Platz in der Gesellschaft. Sie verdienen zwar wenig Geld, haben aber ein tragfähiges soziales Netz.

Die Sozialpolitik hat in letzter Zeit den Zugang zur Arbeit, die Arbeitsintegration als Grundvoraussetzung für Integration stark fokussiert. Nun ist es an der Zeit, uns zu fragen: ‚Was ist zu tun für jene Menschen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben?‘ Es gibt den Zweiten, ergänzenden Arbeitsmarkt – auch dies eine Möglichkeit. Aber: Nachdenken über soziale Integration. In dem Sinn, dass auch Menschen ohne Erwerbseinkommen ihren Platz im Quartier erhalten, weil sie über ein soziales Netz verfügen. Die Anerkennung erfahren, weil sie etwas von ihrer Zeit investieren, etwas tun und Identität schaffen. Das wird das Thema der nächsten Konferenz und ich bin überzeugt, hier wird sich Interessantes auf tun.

Zum Schluss noch dies zur Information:

Das Büro der Städteinitiative Sozialpolitik wird sich an seiner nächsten Sitzung dem Thema ‚Interaktion mit den Privaten - Zivilgesellschaft‘ widmen – in logischer Folge der heutigen Konferenz. Ein wichtiges Thema – und hier ist zu bemerken, dass zur heutigen Konferenz die nationalen Dachverbände der Privaten eingeladen waren. Sie sind aber nicht gekommen. Wir sehen, auch hier gilt es noch Brücken zu schlagen.

Mit Bezug auf die erwähnte Abgrenzung der Welten ‚Soziales‘ und ‚Schule‘ darf ich informieren, dass die ‚kleine Schwester‘ der Städteinitiative Sozialpolitik, die Städteinitiative Bildung, ihr Interesse an einer gemeinsamen Konferenz ausgesprochen hat. Offen ist noch, wann dieses Projekt realisiert wird. Unabhängig vom Zeitpunkt ist sicher: Eine gute Gelegenheit, konstruktive Kontakte zu knüpfen.

(Übersetzung: Frauke Sassnick Spohn)

Winterthur, 27.11.09 / Sa